L-2 Wasser-, Klima-, Artenschutz: für eine zukunftsfähige Landwirtschaft!

Gremium:	Bundesvorstand, Berit Schütze, Berenike Bick, Hannah Meyer, Lorenz Berger
Beschlussdatum:	10.10.2019
Tagesordnungspunkt:	L – Landwirtschaft und Ökologie

Antragstext

Die Klimakrise stellt die Landwirtschaft vor enorme Herausforderungen: Erodierende Böden, sinkende Grundwasserspiegel, ganz allgemein Ertragsausfälle. Gleichzeitig steht die Landwirtschaft mit ihrer industriellen Produktionsweise zunehmend in der Kritik. Verschmutztes Grundwasser, nicht artgerechte Tierhaltung, Artensterben und nun die Klimakrise: für alles scheint die Landwirtschaft verantwortlich zu sein. Aber das ist nicht richtig und erst recht nicht fair gegenüber den Landwirt*innen, die mit ihrer Arbeit die Ernährungssicherheit unserer Gesellschaft garantieren. Als verantwortlich darf nicht die Landwirtschaft als solche ausgemacht werden. Die fehlgeleitete Agrarpolitik hingegen ist verantwortlich dafür, dass Probleme zu lange verschlafen oder durch eine grundfalsche Förderpolitik sogar noch verschärft wurden.

Wir wollen das ändern. Wir stehen für eine Agrarpolitik, die den Menschen im Mittelpunkt hat, und deshalb Landwirt*innen, Klima, Tiere, Böden und Grundwasser schützt, ohne einen davon auf der Strecke zu lassen - denn eine zukunftsfähige Landwirtschaft wird nur mit allen gelingen. Gemeinsam gegen die Klimakrise und für Veränderung.

Das bedeutet: in der Landwirtschaft müssen Konzepte angewendet werden, die sowohl CO2 einsparen und binden – und damit positiv auf den Klimaschutz wirken – als auch mit steigenden Temperaturen zurecht kommen. Die neuen Konzepte müssen aber auch und gerade die Landwirt*innen ansprechen - ohne sie und ihre Tatkraft wird der Wandel nicht gelingen. Wir müssen Jungbäuer*innen Perspektiven aufzeigen anstatt steigender Schulden bei der Bank. Wir müssen Landwirtschaft so fördern, dass Anreize geschaffen werden, das Klima zu schützen und mit Tieren sorgsam umzugehen. Biodiversität darf nicht länger ein nettes Fremdwort sein, für das sich nach dem Volksbegehren Artenvielfalt in Bayern plötzlich alle einzusetzen scheinen. Artenvielfalt ist die Grundlage des Lebens: sie muss zurück auf den Acker - und zwar schnell!

Die Probleme liegen seit langem auf der Hand. Die Kritik an der aktuellen

Agrarpolitik wurde bereits vielfach formuliert. Lösungen müssen jetzt auf den Tisch. Denn die Klimakrise wartet nicht und es geht mit der Zukunft der Landwirtschaft auch um unsere Zukunft.

Landwirtschaft braucht Biodiversität

Das massive Artensterben unserer Zeit ist, unter anderem, Folge verschiedener Praktika in der Landwirtschaft und Folge der voranschreitenden Klimakrise, durch die sich Umweltbedingungen rapide verändern und mit denen viele Arten nicht zurecht kommen. In der Landwirtschaft sind vor allem die Überdüngung, die Flurbereinigung und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln schuld an der Abnahme der Artenvielfalt.

Nährstoffarme Ökosysteme zeigen eine besonders hohe Vielfalt der Arten. Die in der Landwirtschaft eingetragenen Nährstoffe bleiben aber nicht nur auf dem Acker, sondern verteilen sich in der Umwelt und zerstören so diese Ökosysteme. Dies zeigt sich beispielsweise an den eutrophierten (nährstoffangereicherten) Gewässern, welche dadurch sauerstoffarm sind und nur noch Lebensraum für wenige Tiere und Pflanzen bieten.

Durch den erhöhten Einsatz von Insektiziden wie Neonikotionoiden in der Landwirtschaft, gibt es eine starke Abnahme in der Biomasse und Artenvielfalt von Insekten in Deutschland. Vor allem sind Bienen stark in ihrem Bestand gefährdet, dabei stellen sie eine sehr wichtige Ökosystemdienstleistung dar, weil sie durch das Bestäuben von Blüten elementar für den Anbau von Ackerfrüchten sind.

Durch alternative Konzepte wie der Permakultur und dem Agroforst kann man eine Förderung der Artenvielfalt fördern, durch den Verzicht auf die Flurbereinigung, Schaffung neuer Ökosysteme und den Verzicht auf Pflanzenschutzmitteln (siehe Alternativen: Permakultur und Agroforst).

Daher fordern wir ein Verbot des Einsatzes von Insektiziden wie Neonikotinoiden, welche tödlich für Bienen und weitere Insektenarten sind. Der Einsatz ökologischer Alternativen, um Ernteausfälle durch Schädlinge vorzubeugen, soll gefördert werden.

Außerdem fordern wir die Reduzierung des Stickstoffeintrags und die flächengebundene Tierhaltung mit Bioland-Standard von 1,6 Großvieheinheiten je Hektar bis 2035.

Eine Großvieheinheit (GV oder GVE) dient als Umrechnungsschlüssel zum Vergleich verschiedener Nutztiere auf Basis ihres Lebendgewichtes. Eine Großvieheinheit entspricht dabei 500 Kilogramm (etwa so viel wiegt etwa ein ausgewachsenes Rind). Aktuell haben wir zum Beispiel in der Region Cloppenburg-Vechta Viehbesatzdichten bis 8 GV/ha. Langfristig brauchen wir eine flächengebundene

Tierhaltung mit Bioland-Standard von 1,6 Großvieheinheiten je Hektar, kurzfristig bis 2030 2 GV/ha. Dies entspricht einer Fläche, von der die Tiere direkt ernährt werden können und der Mist schonend und gleichzeitig anbaufördernd ausgebracht werden kann.

Dies bildet die Grundlage für eine artgerechte Tierhaltung, einen gesunden Boden und eine Absenkung des Nitratüberschusses. Es werden zwangsläufig die Viehbestände und so auch die industrielle Massentierhaltung reduziert.

Zugleich setzen wir uns für einen Ausbau der Weidehaltung ein, welche artgerecht und biodiversitätsfördernd ist. Diese Haltung muss über die Einführung einer Weidetierprämie begünstigt werden.

Mit Humusaufbau bringen wir das CO2 unter die Erde

Humus ist der abgestorbene organische Teil des Bodens. Diese organischen Bestandteile des Bodens sind für die Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen wichtig und als Wasserspeicher und Wasserfilter für unser Grundwasser unabdingbar. Abgesehen davon beinhaltet der Humus den Großteil der Bodenlebens.

Dieser Humus wird in der industriellen Landwirtschaft durch Monokulturen und falsche Anbauweisen abgebaut. Humus ist aber nicht nur die fruchtbarste der Bodenschichten, sondern besteht aus im Boden gespeicherten Kohlenstoff. Ein jährlicher Humusaufbau, der global gesehen jährlich vier Promille beträgt, würde ausreichen, um alle neu hinzukommenden CO2-Emissionen zu kompensieren. Das bedeutet: eine regenerative, globale humusaufbauende Landwirtschaft könnte einen Wendepunkt der Klimapolitik darstellen!

Humusaufbau ist also eine der wichtigsten Klimaschutzmaßnahmen, die die Landwirtschaft leisten kann. Denn wo Humus aufgebaut wird, verschwindet CO2 in den Boden und kommt von dort bei guter Bewirtschaftung auch so schnell nicht zurück in die Atmosphäre. Humusaufbau gelingt auf vielfältige Weise in Form von regenerativer Landwirtschaft, wie Agroforstwirtschaft, Permakultur, oder mit entsprechenden Fruchtfolgen, die humusmehrend sind. Ein anderes Beispiel für Humusaufbau ist die Weidetierhaltung. Hierdurch wird bei geeigneter Bewirtschaftung zum einen die Bodenfruchtbarkeit erhöht, zum anderen stellen lebendige Pflanzen-Wurzel-Netzwerke unter Grünland ein enormes Potenzial zur Kohlenstoffspeicherung dar und bauen langfristig Humus im Boden auf. Die Umstellung auf Weidetierhaltung und die Bewirtschaftung humusfördernder Fruchtfolgen sind genau wie die Agroforstwirtschaft, oder Permakultur von einer entsprechenden Förderung mit staatlichen Mitteln abhängig. Und dürfen nicht wie momentan noch zum Teil von Agrar Förderung und Forschung ausgeschlossen werden.

Gentechnik kann nicht die Lösung sein!

Innerhalb der Gesellschaft, der Grünen Jugend und der Partei Bündnis 90/Die

Grünen wird seit dem letzten Jahr wieder intensiv über die Anwendung gentechnischer Verfahren in der Landwirtschaft („Grüne Gentechnik“) diskutiert. Anlass dafür ist das Aufkommen neuer Methoden, insbesondere der so genannten „Gen-Schere“ CRISPR/Cas9, die daraus resultierenden Möglichkeiten und die enormen Herausforderungen, vor der die globale Landwirtschaft angesichts des Klimawandels steht.

Wir lehnen bestimmte Verfahren nicht aus Prinzip ab, sondern finden es wichtig, ihre Auswirkungen im politischen und gesellschaftlichen Kontext einzuordnen und mögliche Vorteile und Risiken abzuwägen. Trotz der Schwierigkeit des Nachweises handelt es sich auch bei CRISPR/Cas9 um Gentechnik. Die aktuelle Praxis der Nutzung und des Vertriebs von Gentechnik führt zu erheblichen Risiken und stärkt bestehende Machtkonzentrationen. Das zeigt sich an der in der Landwirtschaft vorherrschende Realität. Über 99 Prozent dermomentan angebauten genmodifizierten Nutzpflanzen sind entweder gegen ein Herbizid resistent, produzieren selbst ein Insektizid (BT-Pflanzen) oder tragen beide Modifikationen in sich. Herstellung und Vertrieb dieser Pflanzen konzentrieren sich auf wenige Großkonzerne. Die Pflanzen werden im industriellen Maßstab in Monokulturen ohne jeglichen ökologischen Wert angebaut. Die größtenteils gegen Glyphosat resistenten Pflanzen werden häufig mit einem Mittel behandelt, welches die Artenvielfalt auf dem Acker mindert und inzwischen auch resistente Unkräuter erzeugt, sodass der Einsatz weiterer Herbizide nötig ist.

Auch die neuen gentechnischen Methoden werden überwiegend zur Züchtung von Pflanzen mit Herbizid-Resistenzen eingesetzt. Außerdem liegen viele der Patente der CRISPR-Technologie bei vier Agrarkonzernen: Bayer, Monsanto, DuPont und Syngenta. Das zeigt, dass diese neuen Technologien die Marktmacht und Monopolstellung dieser Konzerne verstärkt. Die höhere Präzision dieser Methoden ändert somit nichts an den umweltschädlichen Anbausystemen und an den Konzern- und Vermarktungsstrukturen dahinter. Zusätzlich wird das Potenzial der Technologie im Kontext des Klimawandels überhöht. Die verfügbaren Methoden können einzelne Gene oder Gensequenzen verändern. Komplexe Eigenschaften, wie Ertrag, Trockenheitsresistenz oder die Toleranz gegenüber höheren Salzgehalten sind aber auf dem Pflanzengenom verteilt und nicht einfach durch einen einzigen Genabschnitt kodiert. Moderne, konventionelle Züchtungsmethoden, wie die markergestützte Selektion, sind dieser Aufgabe gewachsen, werden jedoch kaum diskutiert. Außerdem wurden die Heilsversprechen wie das Ende des Welthungers der konventionellen Gentechnik nicht erreicht. Auch wenn die Verfahren der neuen Gentechnik im Labor jetzt schnell und präziser geworden sind, ist der Anbau dieser Pflanzen auf dem Feld unter natürlichen Bedingungen das, woran die konventionelle Gentechnik in vielen Feldern gescheitert ist und dieser Verlauf ist auch für die neue Gentechnik wahrscheinlich. Außerdem betonen wir als GRÜNE JUGEND, dass bei einem Einsatz dieser Technologien eine Rückholbarkeit nicht gegeben ist. Wir nehmen kommenden Generationen damit die Möglichkeit der Gestaltung ihrer Umwelt. Außerdem können nicht alle Risiken abgeschätzt oder vermindert werden, die in komplexen Ökosystemen entstehen können.

In der Abwägung von Chancen und Risiken und vor allem in Anbetracht der Potenziale, die risikoärmere Maßnahmen, wie die regenerative Landwirtschaft bieten, um die Klimakrise zu stoppen, kommen wir zum Schluss, dass auch bei der Grünen Gentechnik die negativen Aspekte überwiegen. Das überhöhte Potenzial der Technologie rechtfertigt keine zeitintensiven Bemühungen um eine Änderung des Patent- und Sortenrechts, die notwendig wäre, um gentechnische Methoden und Konzerninteressen voneinander zu entkoppeln. Wir fordern stattdessen die Förderung der Agrarökologie, die sinnvolle Maßnahmen zur Überwindung ökologischer und landwirtschaftlicher Probleme bereit hält. Der Einsatz dieser gentechnischen Methoden ist nur Symptombekämpfung eines kränkelnden landwirtschaftlichen Systems, das gegen die Natur wirtschaftet. Deshalb brauchen wir eine Agrarwende und müssen auch die neue Gentechnik weiterhin im Sinne des Vorsorgeprinzips regulieren.

Unsere Alternativen: Agroforst und Permakultur

In Anbetracht der häufigen und länger anhaltenden Extremwetterlagen sind Alternativen zu den jetzigen, durch Rein- und Monokulturen geprägten Systemen immer wichtiger. Die Anpassung an die sich verändernden Umweltbedingungen muss schnell, nachhaltig und dauerhaft geschehen.

Für landwirtschaftliche Betriebe ist eine Möglichkeit der Einstieg in die Agroforstwirtschaft. Agroforstwirtschaft meint die landwirtschaftliche Nutzung von Flächen, die mit Gehölzen, also Bäumen und Sträuchern, bestanden sind. Diese Strukturen sind durch die langjährigen (nichtexistenten) Förderbedingungen und Flurbereinigungen weitgehend verschwunden.

Die Bäume sorgen für Wind- und Sonnenschutz, sie schaffen damit ein feuchteres Klima, weniger stark erodierte Böden und bauen Humusschichten im Boden auf, die als Kohlenstoffspeicher der Atmosphäre CO2 entziehen. Von Agroforstwirtschaft wird also zum einen der Ertrag der Ackerfrüchte durch nährstoffreichen und feuchten Böden begünstigt und zum anderen der Klimaschutz durch die Bindung von Kohlenstoff im Boden. Gleichzeitig lässt sich das Holz der Bäume als Energieholz oder Wertholz verwerten und die Baumfrüchte wie Obst oder Nüsse regional vermarkten. Durch diese zusätzlich erzeugten Produkte können sich landwirtschaftliche Betriebe diversifizieren und sind weniger stark von einem Produkt abhängig. Durch die neu entstehenden kleinräumigen Strukturen wird die Biodiversität gefördert und Biotope können vernetzt werden.

Die GRÜNE JUGEND fordert die Förderung der Pflanzung von 100.000 ha Agroforst-Flächen in den nächsten 5 Jahren. Die Risiken der Umstellung durch Förderung von Pflanzmaterial, Arbeitsstunden, Ausgleichszahlungen abzufangen, ist Grundvoraussetzung für das Gelingen klimaschützender und klimaangepasster Agrarkonzepte wie der Agroforstwirtschaft.

Permakultur endlich sinnvoll fördern und erforschen

Wie das Wort Permakultur schon sagt handelt es sich um permanente Landwirtschaftliche Systeme. Es wird mit und in der Natur und deren Vielfalt an Nahrungs- und Lebensräumen gewirtschaftet. Also auch achtsam und sparsam mit Ressourcen gehandelt, in dem der Natur nachempfundene Ökosysteme angebaut und genutzt werden. Somit können die natürlichen positiven ökosystemischen Wechselwirkungen, in kleinen stabilen Ökosystemen mit geschlossenen Stoffkreisläufen, genutzt werden. Gleichzeitig begrenzt Permakultur sich dabei nicht auf Landwirtschaft alleine. Da die Erzeugung von landwirtschaftlichen Gütern viel mehr ist als nur das, das Prinzip der Permakultur ist ein ganzheitliches, denn es werden ökologische, soziale und ökonomische Aspekte und deren Folgen ganzheitlich betrachtet.

Das alles führt dazu, dass diese Art der Landwirtschaft großteils postfossil ist, also mit kaum oder keinen Maschinen auskommt. Dieses System findet ohne chemische Zusätze statt und hat nichts mehr mit von Monokulturen geprägter Landwirtschaft gemeinsam. Dabei werden aber hohe Erträge produziert und hummusmehrend, aber mit viel handarbeit gewirtschaftet.

An diesem und weiteren regenerativen landwirtschaftlichen Konzepte müssen endlichen auch in Deutschland stärker geforscht werden!

Ohne Tierschutz keine Landwirtschaft!

Landwirtschaft zum Wohle der Umwelt bedeutet neben dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen auch und gerade den Tieren, die in der Landwirtschaft als Nutztiere gehalten werden, eine angemessene und schmerzfreie Lebensgrundlage zu bieten. Einige der oben skizzierten Maßnahmen tragen auch zu mehr Tierwohl bei. Beispielsweise bedeutet die Förderung von silvopastoralen Agroforstsystemen (d.h. Bäumen auf Grünland), von Weidetierprämien und von Flächenbindung ein Leben mit deutlich mehr Platz außerhalb von engen Ställen. Wir müssen aber die positiven Nebeneffekte von Klimaschutzmaßnahmen um klare Anforderungen an Tierwohl und Tierschutz ergänzen.

Dass es der Bundesregierung nicht einmal gelungen ist, das Kastrieren von Ferkeln nur unter Betäubung zuzulassen, ist ein Armutszeugnis deutscher Tierschutzpolitik und offenbart den Stellenwert, den Tierwohl innerhalb der Bundesregierung genießt. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass derartige schmerzhafte Eingriffe sofort eingestellt werden. Das gilt auch für das Verstümmeln von Ringelschwänzen und Geflügelschnäbeln, das Schreddern von Küken und dem Einsatz von Spaltenböden, sowie für Amputationen ohne tierärztliche Anweisung.

Der Antibiotika-Einsatz in der industriellen Tierhaltung ist unverantwortlich. Durch den massenhaften Einsatz auch von Reserveantibitotika ist neben der tierischen auch die menschliche Gesundheit durch multiresistente Keime, die inzwischen in immer mehr Grundwasserproben nachgewiesen werden können, akut gefährdet. Antibiotika dürfen deshalb nicht länger nach dem Gießkannenprinzip

und profilaktisch verfüttert werden, sondern lediglich dann dem Futter zugeführt werden, wenn eine entsprechende individuelle Anordnung von Veterinärmediziner*innen nach einer Behandlung vorliegt. Natürlich darf das Tierwohl nicht unter dem reduzierten Einsatz von Antibiotika leiden.

Da die Ursache für den massenhaften Einsatz von Antibiotika in der industriellen Tierhaltung selbst liegt, fordert die GRÜNE JUGEND einen umfassenden Systemwechsel in der Tierhaltung ein: maximal 2 sogenannte Großvieheinheiten dürfen 2030 auf einem Hektar Land gehalten werden. Ab 2035 muss der Bioland-Standard von 1,6 sogenannnten Großvieheinheiten eingehalten werden. Das bedeutet einen radikalen Wechsel weg von nicht artgerechter Stallhaltung hin zu Freiland- und Weidetierhaltung. Tiere, die auch den Winter über draußen problemlos leben können - z.B. bestimmte Rinderrassen, sollen unbedingt ohne Stall und ständig im Freien leben können. Tiere, denen dies nicht möglich ist, müssen auch im Winter ausreichend Platz und Auslauf im Stall erhalten. Eine Erhöhung des bisherigen Platzes, der jedem Tier in einem Stall zur Verfügung steht, muss in den nächsten 5 Jahren verdreifacht werden.

Außerdem darf Tierwohl nicht länger in nationalen Grenzen und Tierwohl-Labeln gedacht werden, sondern muss endlich Thema auf europäischer und internationaler Ebene werden. Wer nicht nachweisen, kann, dass die Tiere unter Bedingungen gehalten wurden, die den deutschen Standards genügen, darf keine Tierprodukte in den deutschen Markt einführen oder aus ihm ausführen. Ziel muss es sein, hohe Tierschutzstandards möglichst schnell auf allen staatlichen Ebenen zu verankern.

Für großes Tierleid sorgt meist auch das Ende des Lebens in den Schlachthöfen. Viel zu weite Strecken zu den Schlachthöfen, die am billigsten schlachten, teilweise über Ländergrenzen hinweg, sorgen für massiven Stress und Anstrengungen der Tiere, die oft mit Schmerz und Leid verbunden sind. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND, die maximale Strecke, die für Schlachtungen zurückgelegt werden darf, auf 50 Kilometer zu begrenzen. Weiterhin muss immer der nächstgelegene Schlachthof in Anspruch genommen werden. Schlachthöfe dürfen nicht länger kommerzielle Tötungsanstalten sein, sondern staatlich kontrollierte und geführte Betriebe, die nicht den Profit, sondern das Wohl der Tiere an oberste Stelle setzen. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND ein Förderprogramm des Bundes für Schlachthöfe in kommunaler Hand ein, also den Aufbau einer flächendeckenden Schlacht-Infrastruktur, die Tiertransporte auf ein Minimum verkürzt und möglichst stressfreie Schlachtung in gemeindeeigenen Betrieben ermöglicht.

Nur wenn Landwirt*innen von ihren Produkten gut leben können, kann nachhaltig eine gute Haltung gewährleistet werden. Artgerechte Haltung muss auch die wirtschaftlich attraktivste sein, es muss sich lohnen gut und artgerecht zu halten. Entsprechend fordert die GRÜNE JUGEND, dass es seitens der Bundesregierung nicht länger bei hübschen Tierwohl-Kampagnen bleibt, durch deren Tierwohl-Label Landwirt*innen möglicherweise für etwas bessere

Haltungsbedingungen etwas mehr Geld verdienen können. Es braucht konkrete finanzielle Förderzusagen von staatlicher Seite für konkreten Tierschutz. Wer Tiere gut hält, muss dafür gefördert werden - nicht nur von den Konsument*innen mit Hilfe eines Labels, sondern konkret aus den EU-Fördermitteln.

Die zunehmende vegane Lebensweise vieler Menschen sollte ebenfalls Anlass für politisches Umdenken in der Förderung landwirtschaftlicher Betriebe geben. Es macht weder aus Sicht des Tier- oder Klimaschutzes Sinn, durch staatliche Förderung die bisherige Produktionsmenge von Fleisch rentabel zu gestalten. Nur wer tier- und klimaschützende Viehzucht betreibt, sollte Anspruch auf staatliche Förderung erhalten. Industrielle Tierhaltung darf nicht länger staatlich gefördert werden. Vielmehr müssen diese Fördergelder in den Umbau viehhaltener Betriebe hin zu Ackerbaubetrieben investiert werden. Weiterhin müssen regionale vegane Lebensmittel besonders gefördert werden durch Steuervorteile, durch Förderung entsprechender Essensangebote in Kantinen und durch die Thematisierung tier- und klimaschützender Ernährung in den Schulen.

Umgestaltung der Förderkriterien

Seit 1962 werden über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) landwirtschaftliche Betriebe gefördert. Das vorrangige Ziel der GAP ist eine günstige und sichere Nahrungsversorgung in der EU.

Die GAP besteht heute aus zwei Säulen: Als erste Säule, die die Stützung der Märkte zum Ziel hat, werden die flächenbezogenen bzw. bei Tierhaltung stückbezogenen Agrarsubventionen bezeichnet. Die zweite Säule beinhaltet Förderprogramme zur ländlichen Entwicklung und Maßnahmen für den Umwelt- und Naturschutz, wobei (in der zweiten Säule deutlich weniger Mittel/Geld zur verfügung stehen.

Es gilt das Prinzip "wachsen oder weichen". Die flächenbezogenen Prämien fördern diese Entwicklung zu noch größeren Betrieben noch, statt mir ihr und den zerstörerischen Folgen für den ländlichen Raum und die Umwelt zu brechen.

Ende des Gießkannenprinzips: Mit der nächsten Reform der GAP 2020 ist eine Umverteilung von der ersten auf die zweite Säule zentral. Damit wird die leistungsgebundene Förderung der flächengebundenen vorgezogen. Durch die Umschichtung können Umwelt- und Naturschutzleistungen der Landwirt*innen angemessen gefördert und honoriert werden. Auch langfristige Maßnahmen wie die Pflanzung von Gehölzen zur Schaffung von Agroforstsystemen, Aufforstung von Mischwald sowie Pflanzung und Pflege von Hecken soll dadurch unterstützt werden. Die Umstellung auf Ökolandbau muss finanziell unterstützt und bürokratisch erleichtert werden.

Diese Maßnahmen müssen zur jetzigen Reform umgesetzt werden. Wir haben keine Zeit, dass eine klima- und artenschützende Landwirtschaft erst in einem

Jahrzehnt bei einer weiteren GAP-Reform umgesetzt und honoriert wird. Die momentan verhandelten Überbrückungsszenarien bieten die Chance, eine ambitionierte Landwirtschaftspolitik als Ziel in die GAP zu setzen. Es ist noch nicht zu spät. Wir müssen jetzt ambitioniert handeln und dürfen eine Kehrtwende in der Agrarförderung nicht nach hinten verschieben! Dafür muss sich auch die deutsche Bundesregierung innerhalb der Institutionen der EU einsetzen.

Außerdem sehen wir es als Pflicht der grün-regierten Bundesländer an, die Möglichkeiten der Umschichtung von der ersten auf die zweite Säule vollkommen auszuschöpfen.

Konkret fordern wir folgende Maßnahmen:

1. Wir bringen die Wälder auf die Felder: Förderung der Pflanzung von 100.000 ha Agroforst-Flächen in den nächsten 5 Jahren.

2. Wir bringen das CO2 unter die Äcker und unterstützen die Betriebe beim Umbau ihrer Fruchtfolgen: Wir fördern den Humusaufbau in landwirtschaftlichen Böden und von Flächen mit bereits hohem Humusgehalt. Dies gelingt mit der Vorgabe einer standort- und betriebsgerechten Mindestfruchtfolge, die auch humusmehrende Feldfrüchte verwendet. Und der finanziellen Unterstützung bei der Umsetzung

3. Wir bringen das CO2 unter die Weide: Wir fördern den Humusaufbau unter Grünland durch die weidebasierte Tierhaltung und der Erhaltung lebendiger Pflanzen-Wurzel-Netzwerke als Kohlenstoffspeicher und zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit.

4. Wir beenden die industrielle Tierhaltung mit der flächengebundenen Tierhaltung und sparen dadurch massive Methanemissionen ein: Maximal 2 Großvieheinheiten pro Hektar bis 2025. Bioland-Standard von 1,6 Großvieheinheiten bis 2035.

5. Wir stoppen die Freisetzung von klimaschädlichen Gasen durch Überdüngung und schützen damit auch das Grundwasser: Reduzierung des Stickstoffüberschusses im Boden. Verpflichtung zum vorrangigen Einsatz von Wirtschaftsdüngern (z.B. Gülle) in der Ausbringung mit anschließendem, gezielten und geregelten Mineraldüngereinsatz (Kunstdünger) bis zu einer von den Landwirtschaftsämtern bodenabhängig festgelegten und jährlich kontrollierten maximalen Stickstoffmenge in kg je Hektar und Jahr bis 2025.

6. Wir besteuern Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft und fördern kurze Transportwege: Anwendung der CO2-Bepreisung auch auf den Transport in der Landwirtschaft.

7. Wir dämmen die Lebensmittelverschwendung ein und beurteilen nach Qualität, nicht nach Optik der Lebensmittel: Abgabe abgelaufener Lebensmittel in gekennzeichneten Regalen (französisches Modell) und Mindeshaltbarkeitsdatum durch Verzehrdatum ersetzen. Sofortige Novellierung der Handelsklassenordnung.

8. Wir machen aus Mist Energie und stoppen Maismonokulturen. Wir bauen die Biogasanlagen um, sodass bis 2030 100% der energetischen Leistung durch die Vergärung von Wirtschaftsdüngern (z.B. Gülle) bzw. Reststoffen gewonnen wird. Dies dient der Förderung der ressourceneffizienten Kaskadennutzung zur Energiegewinnung in Biogasanlagen. Ausnahmen: humusmehrende Pflanzen wie Kleegras, die in der Fruchtfolge benötigt werden, aber keine andere Verwertung im Ackerbau zulassen.

9. Wir retten die Moore als natürliche Klimaschützer: Renaturierung und Wiedervernässung der Moore als einer der größten Kohlenstoffspeicher der Erde und Beendung der landwirtschaftlichen Nutzung von Mooren bis 2030 mit entsprechenden Entschädigungszahlungen an die Landwirt*innen. Ausgenommen ist die CO2-neutrale Nutzung, z.B. durch Paludikulturen.

10. Wir machen Tierschutz zur zentralen Aufgabe der Landwirtschaft, verbieten grundlose schmerzhafte Behandlungen von Tieren, beenden die industrielle Tierhaltung und setzen stattdessen auf Weidetierhaltung und die Förderung veganer Ernährung.

Begründung

erfolgt mündlich